

Antifaschistisches Pressearchiv und
Bildungszentrum Berlin e.V.
Falckensteinstraße 46, 10997 Berlin
Tel./Fax: 030 7 611 62 49
Tlx: 100 500 00/Kto-Nr.: 0670017787

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 18. Jahrgang, Nr. 13, 28. Juni 2001

A 13861

rechts

Einblicke

Eine Zukunft

Von Ralf Bachmann

Meldungen über neu erwachendes jüdisches Leben in Deutschland sind fast alltäglich geworden. Die Gemeinde in Bremen hat jetzt über 1 000 Mitglieder. In Leipzig muss die Synagoge erweitert werden, weil sie für 600 Juden zu klein geworden ist. Zur Wendezeit gab es da 30. In Berlin schätzt man die Zahl der Juden auf 15 000, von denen 13 000 der Gemeinde angehören. Zu den Sabbat-Gottesdiensten haben die fünf Synagogen 1 000 Besucher. Die nichtreligiösen Veranstaltungen sind bemerkenswert vielgestaltig: jüdisches Theater und jüdische Liederabende, Ausstellungen und Vorträge im Centrum Judaicum, Lehrgänge in Klezmer-Musik und in jiddischer Sprache. Man kann Judaica kaufen und koschere Restaurants besuchen. Schon gibt es Führungen, einen Stadtplan und eine Broschüre als Wegweiser durch das jüdische Berlin.

Gewiss, die meisten Juden sind Zuwanderer, in der Regel aus den GUS-Staaten, haben noch Probleme mit der jüdischen Sprache und auch mit der Kenntnis jüdischer Geschichte und Kultur. Manches in der „jüdischen Meile“ am Hackeschen Markt hat der Kommerz geboren. Das mindert die Bedeutung des Faktums nicht, dass es für Juden wieder denkbar geworden ist, in Deutschland zu leben und zu bleiben, wofür auch Schulen und Kindergärten sprechen. Diese Tatsache hat politisches Gewicht. Hitlers „Endlösung“ sah ein „judenreines“ Deutschland vor. Trotz Holocaust, trotz des dem Volk eingehämmerten und tief eingewurzelten Antisemitismus ist der Plan gescheitert. Noch ist alles weit von Normalität entfernt, müssen jüdische Objekte mit Panzerwagen geschützt werden, Besucher jüdischer Veranstaltungen Kontrollen über sich ergehen lassen, sind Schändungen jüdischer Grab- und Gedenksteine an der Tagesordnung, gröhlen „Fußballfans“ judenfeindliche Lieder. Doch wichtiger ist etwas anderes. Die meisten Juden loben die Aufgeschlossenheit gerade junger Deutscher, die Atmosphäre der Begegnungen. Das Judentum hat auch hier wieder eine Zukunft.

Randale bei Weinfesten

Die Pfalz ist eine Hochburg der Skinhead-Szene im Südwesten.

Seite 2 ■

Wahlschlacht beginnt

In Hamburg streiten die rechtsextremen Parteien DVU, Republikaner und NPD um die Wählerstimmen am rechten Rand.

Seite 3 ■

Beobachtung rechtens

Nach höchstrichterlicher Entscheidung darf der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz über die „Junge Freiheit“ berichten.

Seite 4 ■

Endlich rehabilitieren

Die Terrorurteile gegen die Deserteure der Wehrmacht sind immer noch nicht aufgehoben.

Seite 5 ■

Schulterschluss

Das Wiener Innenministerium sieht enge Verbindungen zwischen extrem Rechten in Österreich und Deutschland.

Seite 9 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Lölhöff
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Aktivitäten**Ländlicher Sumpf**

Die Pfalz ist eine Hochburg der Skinhead-Szene. Auch auf den Weinfesten treten die Randalierer in Erscheinung.

Im südpfälzischen Steinfeld sollte alles besonders schön werden. Die Heimatgemeinde des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten Kurt Beck hatte ein großes Fest zur 750-Jahr-Feier geplant. Doch die letzten Stände waren noch nicht aufgebaut, da tauchten auch schon die ersten Skinheads auf. Eine Eisenstange flog durch die Luft, „Heil Hitler“ wurde gegrölt. Als die Polizei eingriff, beschimpften sie die Beamten als „Bullenschweine“. Ein 19-jähriger Skin wurde deshalb im April zu einer Bewährungsstrafe verurteilt.

„Das ist Alltag bei uns. Solche Fälle haben wir jede Woche!“, sagt ein Landauer Amtsrichter. Tatsächlich stehen in der Vorder- und Südpfalz ständig militante Skinheads vor Gericht. Die Bilanz der ersten Juni-Woche: Der Skinhead Felix H. wurde verurteilt, weil er einem Italiener in Kandel eine Schreckschusspistole an den Kopf gehalten und ihn auf die Knie gezwungen hatte. Der 20-Jährige war bis vor wenigen Tagen bei der AOK beschäftigt. Nach dem ersten Zeitungsbericht über seinen Prozess wurde ihm aber gekündigt. Jetzt will er zur Bundeswehr. Ein 24-jähriger Skinhead aus Landau kam mit einer Geldstrafe davon. Er hatte mit Kameraden in einem Park getrunken und dabei „Sieg Heil“ gerufen. Weil er zum Prozess gar nicht erst erschienen war, durfte er zwei Wochen in Untersuchungshaft verbringen.

In den vergangenen Jahren ist die Pfalz zu einer Hochburg der Skinhead-Szene in Süddeutschland geworden. Allein den Polizeipräsidien in Kaiserslautern und Ludwigshafen sind rund 350 Glatzen namentlich bekannt. Weit mehr als die Hälfte von ihnen kommt nicht aus den beiden Großstädten, sondern aus den Dörfern im Umland.

Auch die schweren Straftaten werden oft vom jungen, minderjährigen Nachwuchs verübt. Zum ersten Mal seit Jahren wurden in Rheinland-Pfalz im Jahr 2000 wieder Molotow-Cocktails auf Asylbewerberunterkünfte geworfen. Beide Anschläge wurden von Skinheads in der Vorder- und Südpfalz verübt. In Billigheim-Ingelheim war der Haupttäter

Matthias Dausch erst 15 Jahre alt, in Ludwigshafen der jüngste von drei Tätern um den Anführer Andreas Wiegand sogar erst 14. Während die so genannten „Altglätzen“ schon oft genug Ärger mit der Polizei hatten und sich deshalb so weit wie möglich zurückhalten, sind vor allem die 15- bis 20-Jährigen bei jeder Schlägerei dabei. „Vor Gericht sind die immer ganz friedlich, aber manchen möchte ich nicht allein in der Dunkelheit begegnen“, sagt ein Landauer Richter.

Schon seit Jahren zetteln Skinheads auf den Weinfesten in der Pfalz Krawalle an, zuletzt am Pfingstwochenende in Zweibrücken: Ein 18-Jähriger soll ein junges Mädchen angespuckt und getreten haben. Zuvor, so berichtete das Opfer, hätten 15 Skinheads vor der Bühne im Festzelt den rechten Arm gehoben und „Heil Hitler“ gerufen. Die Polizei habe aber nicht reagiert. Erst nachdem sich das Opfer bei der örtlichen Zeitung gemeldet hatte, wurden doch noch Ermittlungen aufgenommen.

Die Polizeistellen verharmlosen die rechten Umtriebe schon lange gekannt. In den offiziellen Pressemitteilungen wird dann von kleineren Auseinandersetzungen bei Weinfesten berichtet. Dass die Schläger zur rechten Szene gehören, wird gerne verschwiegen. Um die Festbesucher nicht zu verängstigen, sprechen die Beamten von „Jugendlichen mit kurzen Haaren“ die „auf der Suche nach festen Werten“ seien. Doch so mancher Schläger von gestern ist heute ein glühender Aktivist. So gehören Sascha Teeuwen aus Maikammer oder Jochen Dreißigacker aus Zweibrücken der verbotenen Skinhead-Organisation „Blood&Honour“ an. In den vergangenen Monaten übernahm Teeuwen bei Aufmärschen der NPD in Mannheim (Mai) und Ludwigshafen (Februar) den Ordnerdienst. Die etablierten Skinheads in der Südpfalz zieht es inzwischen verstärkt ist nahe gelegene Karlsruhe. Die Kontakte zur dortigen Kameradschaft wurden intensiviert.

Einen regionalen Anführer der jungen Skinheads gibt es nicht. Dauer-Aktivisten, wie der Ludwigshafener Christian Hehl, sind zwar überall bekannt, lokale Skinhead-Gruppen haben aber oftmals keinen Kontakt, auch wenn sie nur wenige Kilometer voneinander entfernt wohnen. Dann lernt man sich erst bei einem rechten Konzert irgendwo in Deutschland kennen - oder in der Jugendstrafanstalt Schifferstadt. Dort hat die Gefängnisleitung bereits einige verurteilte Skinheads auf gemeinsame Zellen zusammengelegt.

Daniel Ernst

Aktivitäten

Schlamm Schlachten

„Agenten der Gegenseite“ – Streit um extrem rechte Wählerstimmen bei der Hamburger Bürgerschaftswahl

„Den brauen Müll können sie hier entsorgen“ sagt eine junge Frau und hält einer älteren Passantin einen blauen Müllsack hin. „Vielen Dank, ich war schon überrascht“, meint diese, wirft die „National-Zeitung“ in den Sack und setzt ihren Einkaufsbummel durch die Hamburger Innenstadt fort. Am Pfingstsonntag wollte die Deutsche Volksunion (DVU) auf der Mönckebergstraße eine Bürgerstunde mit ihrem Spitzenkandidaten Heinrich Gerlach durchführen. Doch die einzigen Bürger, die an den Infotisch kamen, waren die Bürger in Uniform. Denn kaum hatten die etwa 10 Damen und Herren des DVU-Landesverbands den Infostand aufgebaut, wollten über 30 Gegendemonstranten die Flugschriften und Zeitungen gleich vom Infotisch weg entsorgen. Nach einer halben Stunde bauten die DVU-Anhänger den Stand ab.

Trotz des misslungenen Wahlkampfauftaktes hatte es die DVU geschafft, für die Hamburger Bürgerschafts- und Bezirkswahl am 23. September 2001 zu werben. Mit der Genehmigung der Behörden der Hansestadt durfte die DVU schon dreieinhalb Monate vor der Wahl Tausende von Stelltafeln mit den Parolen „Istanbul den Türken, Hamburg den Deutschen“ oder „Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer“ aufstellen. Die Plakate entsprachen zwar nicht den Wahlkampfbestimmungen, da die Parolen größer als der Veranstaltungshinweis „Bürgerstunde“ war, dies fiel den Ordnungsämtern jedoch zu spät auf.

Die DVU ist neben der Rechtsstaatlichen Offensive von Ronald Barnabas Schill (Schill-Partei) die aussichtsreichste Partei am rechten Rand. Nachdem die Partei des Münchner Verlegers Gerhard Frey bei den Wahlen 1997 mit 4,97 Prozent der Stimmen knapp den Einzug in die Hamburger Bürgerschaft verpasste, aber in vier von sieben Bezirksparlamenten einzog, will sie es nun in alle Parlamente schaffen. „Die DVU wird alle Kräfte einsetzen“ droht Frey-Vize Bruno Wetzel. So verlassen sich die rund 350 Hamburger Mitglieder auch nicht allein auf die Massenpostsendungen, sondern gehen auf die Straße. In vier Jahren Bezirksarbeit hat Ger-

lach als Fraktionsvorsitzender der DVU-Wandsbek in Bergedorf, Harburg, Mitte und Wandsbek aus der „Phantompartei“ eine reale Partei entwickelt, dessen Bezirksfraktionen auch mal unabhängig von München Anträge und Anfragen stellen und dessen Gruppen monatliche „Klön-schnacks“ durchführen.

Um so verbitterter reagierte die DVU-Spitze auf den Beschluss des Bundesvorstandes der Republikaner, erneut für die Hamburger Bürgerschaftswahlen zu kandidieren. Obwohl die DVU 1997 den REP viele Wähler abspenstig gemacht und ihnen die Sitze in den Bezirken Mitte und Harburg abgenommen hatte, beschimpft die DVU die REP-Wahlantreter nun als „Agenten der Gegenseite“. Diese wechselten, um nicht wieder nur 1,9 Prozent zu bekommen, vorher noch die Landesführung aus. Die etwa 60 Mitglieder wählten den Vorsitzenden des Aufbruch 99 - Aufbruch Deutscher Patrioten, Thomas Nissen, zum neuen Landesvorsitzenden. Stellvertreter wurden der frühere Landeschef Jan Pigors, Klaus Riese und Michael Schumann. Riese und Schumann gehörten zuvor dem „Arbeitskreis Innere Sicherheit“ der Schill-Partei an. Die REP-Forderung „Geschlossene Heime für jugendliche Straftäter“ dürfte ihnen die Abkehr von Schill leicht gemacht haben.

Weniger um den Einzug in die Bürgerschaft oder Bezirksparlamente als um den Erhalt des Parteienstatus, dürfte es bei der Motivation zur Kandidatur der NPD gehen. 1997 erreichte sie 0,1 Prozent. Offen ist jedoch, wie sehr sich die Freien Nationalisten um Christian Worch und Thomas Wulff die NPD-Kandidatur zu Nutze machen könnten.

Vor vier Jahren gewannen die rechten bis rechtsextremen Parteien insgesamt acht Prozent der abgegebenen Stimmen bei einer Wahlbeteiligung von 54 Prozent. Wenn am 17. Juni in Hamburg gewählt worden wäre, hätten laut Infratest dimap NPD, REP und DVU zusammen drei Prozent erhalten. Analysen von Wahlumfragen offenbaren allerdings, dass Rechtswähler bei Telefonerhebungen selten angeben, dass sie extrem rechten Parteien ihre Stimme geben würden. Um so aussagekräftiger ist das Bekenntnis von neun Prozent der repräsentativ Befragten, die die Schill-Partei wählen möchten. Strittig ist nur, ob der Rechts-Exzentriker Schill mit seinen Law-and-Order-Parolen durch die Stimmen aus dem rechten Flügel von SPD und CDU oder der DVU und REP in die Hanseatische Bürgerschaft zieht.

Andreas Speit

Hintergrund**Anhaltspunkte**

Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz darf die „Junge Freiheit“ beobachten und über sie berichten.

Vor dem Oberverwaltungsgericht Münster hat das knapp fünfjährige Verfahren der rechten Wochenzeitung „Junge Freiheit“ (JF) gegen das Innenministerium von Nordrhein-Westfalen ein Ende gefunden. Das OVG gab dem Ministerium auf voller Linie Recht: Die zuständige Abteilung darf die Verfassungsschutzberichte von 1994 und 1995 weiter verbreiten, in denen das Blatt erstmals in der Rubrik „Rechtsextremismus“ behandelt wird; nichts muss richtig gestellt oder widerrufen werden. Es hätten „tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen“ vorgelegen, somit seien die Voraussetzungen für eine Beobachtung nach NRW-Recht erfüllt. Auch das Argument der JF, die Behörde sei nicht zuständig, da Redaktion und Verlag außerhalb des Landes ansässig seien, überzeugte nicht. Schließlich werde die JF bundesweit vertrieben und entfalte ihre Wirkung daher auch an Rhein und Ruhr. Das OVG bestätigte damit eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Düsseldorf vom 14. Februar 1997. Für die Münsteraner Richter war die Sache so klar, dass sie das von der JF beantragte Berufungsverfahren erst gar nicht eröffneten (Az: 5 A 2055/97).

Nordrhein-Westfalen war das erste Bundesland, das die JF durch den Verfassungsschutz beobachten lässt. Dies geschieht seit fünf Jahren nicht mehr mit nachrichtendienstlichen Mitteln. V-Leute wurden lediglich auf die Leserkreise der Zeitung angesetzt, an denen sich auch organisierte Rechtsextremisten beteiligt hatten. So war im „Leserkreis Köln“ Sebastian Prinz aktiv, der über Veranstaltungen des Kreises bei Treffen lokaler Aktivisten der inzwischen verbotenen, neonazistischen FAP informierte. Die NRW-Verfassungsschützer sprachen von einem „gewollten Zusammenwirken der Zeitschrift mit ihren Leserkreisen: Während man sich bei der Publikation bemüht, Ziele, die als Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen erkannt werden könnten, zu verschleiern, können über die Leserkreise deutlichere Botschaften vermittelt werden.“ 1996 distanzierte sich die JF von diesen Zirkeln und die Behörde stellte die Beobachtung mit nachrichtendienstlichen Mitteln ein.

Am 16. August 1996 reichte der JF-Verlag Klage beim Verwaltungsgericht Düsseldorf ein. Als Anwalt beauftragte er den damaligen Bundesvorsitzenden des Bund freier Bürger, Manfred Brunner. Die Zeitung verfolge keine „konkrete(n) politische(n) Ziele“, hieß es zur Begründung, vielmehr prägten Grundsätze ihre Arbeit, die sich als „freiheitlich“, „konservativ“ und „national“ zusammenfassen ließen. Sie sei offen für „vielfältige politische Positionen“; die „selbstverständliche Basis“ sei die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Von einzelnen, früheren JF-Beiträgen distanzierte sich der Verlag und nannte sie „Ausreißer“, die nicht dem generellen Stil der Zeitung entsprächen. In seiner Erwiderung wies das Innenministerium auf die strategische Orientierung der JF am Konzept der kulturellen Hegemonie hin, weshalb sie nicht die offene politische Auseinandersetzung suche, sondern zunächst einen „schleichenden Veränderungsprozess in Gang bringen“, insbesondere Begriffe besetzen und umdeuten wolle. Im Einzelnen stützte sich das Ministerium auf Fundstellen, die es als Anhaltspunkte für Bestrebungen gegen die zentrale Rolle des Parlaments, die Achtung der Menschenrechte, den Gedanken der Völkerverständigung, eine Verharmlosung des Nationalsozialismus sowie Verbindungen der JF zu „anderen Rechtsextremisten“, vor allem den REP, deutete.

Angriffe gegen das NRW-Innenministerium sind seit Jahren ein Dauerthema in der „Jungen Freiheit“. Im Juli vergangenen Jahres forderte das Blatt seine Abonnenten und Spender auf, Protestpostkarten an die Behörde zu schicken. Wortführer dieser Aktion und Verfasser mehrerer JF-Beiträge zum Thema ist der ehemalige Generalbundesanwalt Alexander von Stahl (FDP). Noch kurz vor der Entscheidung aus Münster schrieb er, die NRW-Verfassungsschützer führten „mit den fadenscheinigsten Begründungen einen Privatkrieg gegen die JF“. Das Zusammenwirken von „staatlicher Willkür und wirtschaftlicher Macht“ habe eine ernste Existenzkrise der Zeitung herbeigeführt.

Die OVG-Entscheidung ist unanfechtbar. Das NRW-Verfassungsschutzgesetz setzt allerdings die Handlungsschwelle etwas niedriger an als die Gesetze anderer Länder und des Bundes. Während in NRW „Anhaltspunkte für den Verdacht rechtsextremistischer Bestrebungen“ vorhanden sein müssen, ist der Verdacht anderswo nicht ausreichend. JF-Chefredakteur Dieter Stein hat angekündigt, gegen die Beobachtung seiner Zeitung vor das Bundesverfassungsgericht zu ziehen. *Thomas Pfeiffer*

Hintergrund**„Stein des Anstoßes“**

Die von Nazirichtern verhängten Urteile gegen Wehrmachtsdeserteure gelten unverändert. Die Überlebenden warten immer noch auf ihr Recht.

„Der 2. Weltkrieg war ein Angriffs- und Vernichtungskrieg, ein vom nationalsozialistischen Deutschland verübtes Verbrechen“. Diese Feststellung des Deutschen Bundestages stammt nicht etwa aus den frühen Jahren der Bundesrepublik. Es hat sage und schreibe 52 Jahre gedauert, ehe sich im Mai 1997 im Parlament eine Mehrheit fand, die dieser Binsenweisheit zustimmte. Ein weiteres Jahr verging, ehe aus dieser späten Erkenntnis die juristische Konsequenz gezogen wurde: die formale Kassierung aller Nazi-Unrechtsurteile. Mit den Stimmen von CDU/CSU, SPD und FDP wurde beschlossen, alle Urteile aufzuheben, „die unter Verstoß gegen elementare Gedanken der Gerechtigkeit nach dem 30. Januar 1933 zur Durchsetzung oder Aufrechterhaltung des NS-Unrechtsregimes aus politischen, militärischen, rassischen, religiösen oder weltanschaulichen Gründen ergangen sind.“ Das ließ hoffen, betraf es doch nach Schätzungen so um die 500 000 Nazirichter-Entscheidungen. Der damalige Bundesjustizminister Edzard Schmidt-Jortzig (FDP) sprach zu Recht von einer „überfälligen Entscheidung“. SPD-Rechtsexpertin Herta Däubler-Gmelin, später Schmidt-Jortzigs Amtsnachfolgerin, bedauerte, dass NS-Urteile nach der Befreiung vielfach von bundesdeutschen Gerichten bestätigt worden seien. Konkrete Kritik kam freilich nur von den Grünen. Die vermissten nämlich ausreichende Rechtsklarheit für Deserteure und verfolgte Homosexuelle. Heribert Prantl kritisierte in der „Süddeutschen Zeitung“ genau diesen Punkt. „Die Rehabilitierung der Deserteure und der Homosexuellen bleibt im NS-Unrechtsaufhebungsgesetz ausgeklammert ... Dieser Staat hat eine Schuld abzutragen. Er sollte endlich eine Stiftung für die vergessenen NS-Opfer einrichten. Das wäre recht und billig.“ Dem ist zuzustimmen.

30 000 deutsche Soldaten sind während des Zweiten Weltkriegs von deutschen Blutrichtern zum Tode verurteilt worden. Die meisten waren Deserteure, die nicht mehr aktiv am Raub- und Vernichtungskrieg der Nazis teilnehmen wollten. Etwa 20 000 Todesurteile wurden vollstreckt. Einer

der Überlebenden ist Ludwig Baumann aus Bremen. Er kämpft seit Jahrzehnten für die Rehabilitierung dieser Widerstandskämpfer. Denn Widerstand haben sie allemal geleistet, indem sie sich dem Terrorregime verweigerten. Länger als 30 Jahre standen sie hier zu Lande allein auf weiter Flur. Sie waren und sind nach deutschem Recht rechtskräftig verurteilte Straftäter. Erst Anfang der 80er Jahre stellte sich die Friedensbewegung an ihre Seite. Im Oktober 1990 gelang es Baumann, mit 37 Freunden die „Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e.V.“ zu gründen. Viele Versuche, die Verurteilten voll zu rehabilitieren, sind bisher am Bundestag gescheitert.

■ „Unrecht beleidigt Rechtsstaat“ ■

Jetzt ist man dem Ziel ein Stück näher gekommen. Auf dem Gelände des früheren Konzentrationslagers Buchenwald bei Weimar wurde kürzlich ein Gedenkstein zu Ehren der Kriegsdienstverweigerer und Deserteure enthüllt. Der Direktor der Gedenkstätte, Volkhard Knigge, mahnte dies auch in seiner Rede an. Das Mahnmal müsse zum „Stein des Anstoßes“ werden, die verurteilten Deserteure endlich zu rehabilitieren und ihnen die Anerkennung zu geben, die sie verdienten. Der Hamburger Gesellschaftswissenschaftler Jan Philip Reemtsma nannte es einen „Skandal“, dass diese Widerstandskämpfer nur durch einzelne Überprüfungen der Staatsanwaltschaften vom Makel der Straftäter befreit werden könnten. Auch Günter Knebel von der evangelischen Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer schloss sich den Forderungen an, während der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, Manfred Kock, in einem Grußwort die Hoffnung äußerte, der Gedenkstein möge die kommenden Generationen zur Überprüfung ihres Gewissens anregen.

Im Mai 1998 hatte die SPD-Politikerin Herta Däubler-Gmelin in der „Zeit“ mit Nachdruck vom Bundestag gefordert, endlich die NS-Urteile aufzuheben. „Wenn es bis zum Ablauf der Legislaturperiode Ende Juni nicht gelingt, die Nazi-Urteile generell aufzuheben, dann werden die Opfer und ihre Hinterbliebenen nochmals enttäuscht. Dann wird auch der Rechtsstaat, der endlich dieses Unrecht korrigieren muss, nochmals beleidigt.“ Seit Herbst 1998 ist Herta Däubler-Gmelin Bundesministerin der Justiz. Die Terrorurteile gelten unverändert. Die 200 Überlebenden warten auf ihr Recht.

Heiner Lichtenstein

Verfassungsschutz**Warnung vor Terror**

Gewalt gegen Fremde hat in Brandenburg und Sachsen-Anhalt zugenommen. Über ein Drittel aller sächsischen Rechts-extremisten gehört der NPD an.

Entgegen dem bundesweiten Trend ist in Sachsen das rechtsextreme Personenpotenzial angestiegen. Wie aus dem aktuellen Landesverfassungsschutzbericht hervorgeht, haben sowohl die rechtsextremen Parteien NPD und Republikaner als auch die gewaltbereiten Rechten Zulauf. Die Zahl der Militanten wird auf 1 300 Aktivisten geschätzt (plus 200), darunter nach wie vor 800 Skinheads. Die Mitgliederanzahl rechtsextremistischer Kameradschaften hat sich im Berichtszeitraum um 150 auf 400 Personen verstärkt. Besondere Bedeutung kommt den im April dieses Jahres als kriminelle Vereinigung verbotenen Skinheads Sächsische Schweiz (SSS) zu. Die kademäßig strukturierten SSS, die auch als Nationaler Widerstand Pirna firmierten und 1996 von Ex-Mitgliedern der verbotenen Wiking-Jugend ins Leben gerufen worden waren, zählten rund 100 Anhänger und kooperierten eng mit der NPD. Als zunehmend „bedeutsames Aktionsfeld“ der Kameradschaftsszene bewerten die Verfassungsschützer so genannte „Anti-Antifa“-Aktivitäten, die bis zur konkreten Bedrohung von Personen reichen. Die Existenz rechtsterroristischer Gruppen wird verneint, gesehen wird aber die Gefahr der Gewaltanwendung durch Einzelpersonen oder konspirative Kleingruppen, wie es auch Hinweise auf eine mögliche Bewaffnung der Szene gebe.

Mehr als ein Drittel aller sächsischen Rechtsextremisten gehört der NPD an, die mit 1 100 Mitgliedern (1999: 1000; 1998: 1400) die mit Abstand stärkste Gruppierung darstellt. Erkenntnissen des Verfassungsschutzes zufolge betrachte die NPD die „rechtsextremistischen Kameradschaften als verlängerten Arm der eigenen Partei“ und engagiere sich in Umsetzung ihrer Strategie zur Schaffung einer braunen Infrastruktur auch konkret in der „Jugendarbeit“. Ebenso rekrutierten sich die Teilnehmer an den von der sächsischen NPD im Jahr 2000 organisierten fünf Demonstrationen bis zu 50 Prozent aus Skinheads und rechtsextremistischen Kameradschaften, stellt die Behörde fest. Im Verein mit NPD und Skinheadgruppen marschierten aber

auch DVU- und REP-Mitglieder sowie von Junger Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) auf, so in Dresden, wird festgehalten. Zwischen JLO und NPD werden personelle Verflechtungen aufgezeigt, ebenso würden regelmäßig gemeinsame Veranstaltungen durchgeführt. Keine öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten sieht der sächsische Verfassungsschutz bei der nach wie vor über 500 Anhänger verfügenden DVU, deren Landesverband über eine Kontaktadresse in Bayern zu erreichen ist. Sehr im Gegensatz zu der Situation in den anderen Landesverbänden verbuchten die REP in Sachsen einen Zuwachs von 50 Neumitgliedern (aktuell: 350).

Die rechtsextremen Straftaten im Freistaat sind auf 1 551 (1999: 1 291) Vorfälle angestiegen. Rückläufig war die Zahl der Gewaltdelikte mit 62 (86). Von 51 Körperverletzungen waren 32 fremdenfeindlich motiviert. Brutale Gewalttätigkeiten sind weiter an der Tagesordnung: Am 17. Juni wurden in Schneeberg zwei iranische Männer von rund 20 rechten Jugendlichen krankenhaushausreif geschlagen.

Der aktuelle Verfassungsschutzbericht bilanziert für Sachsen-Anhalt zwar einen Rückgang der rechtsextremistischen Gewalttaten auf 67 (1999: 83) Vorfälle, unübersehbar ist dabei aber, dass die Gewalttätigkeiten gegen Fremde deutlich angestiegen sind auf 45 (30) Delikte. Trauriger Gipfel war die brutale Ermordung des Mosambikaners Alberto Adriano Pfingsten 2000 durch rechtsextreme junge Deutsche in Dessau. Bei den sonstigen rechtsextremistischen Straftaten wurde eine Zunahme um 100 auf 1 029 Vorkommnisse registriert. Der Verfassungsschutz hat nach eigenen Angaben besonders die jugendliche Skinheadszene im Visier; 70 Prozent der festgestellten Tatverdächtigen waren jünger als 21 Jahre.

Das Personenpotenzial der gewaltbereiten Rechtsextremisten beziffert die Landesbehörde weiterhin mit 700, wobei jedoch eine „Zunahme der Militanz dieser Szene festzustellen“ sei. Nach Ansicht der Verfassungsschützer stellten die mehrheitlich neonazistisch ausgerichteten „Kameradschaften“ mit ihrer gefestigten rechtsextremen Weltanschauung eine „ernstzunehmende Gefahr für die Gesellschaft“ dar. Als wichtige Schlüsselfigur im neonazistischen Spektrum gilt nach wie vor der ehemalige NPD-Spitzenfunktionär Steffen Hupka, der maßgeblich die Strukturen und die Vernetzung der Szene in Sachsen-Anhalt vorangetrieben hat. Über die Publikation „Nationaler Beobachter“ versucht Hupka, seinen Anhang ideologisch zu festigen. In

dem Blatt wurde auch ein Aufruf zur Datensammlung über Linke veröffentlicht.

Die NPD konnte im Berichtszeitraum ihre Mitgliederzahl auf 240 steigern. Federn lassen musste die im Landtag von Sachsen-Anhalt vertretene DVU, die amtlich nur mehr auf 500 Mitstreiter (minus 200) geschätzt wird. Die von ihr abgespaltene, ebenfalls im Landesparlament vertretene, Freiheitliche Deutsche Volkspartei, die sich nach Einschätzung der Verfassungsschützer als „Baustein“ der Deutschen Aufbau Organisation von Alfred Mechttersheimer betrachtet, wird mit 150 Anhängern beziffert. Zappenduster sieht es bei den REP aus, deren Landesverband als „bedeutungslos“ eingestuft wird. Aber zumindest punktuell seien wieder Aktivitäten zu beobachten, heißt es.

In Brandenburg sind die rechtsextremen Straftaten im vergangenen Jahr um 20 Prozent auf 365 (1999: 288) und die Gewalttaten auf 77 Vorfälle (62) angestiegen, 65 Angriffe (53) waren gegen Fremde gerichtet. Den weitaus größten Teil der Gewalttätigkeiten machten die 68 (45) zum Teil brutalen Körperverletzungen aus, in drei Fällen lag versuchte Tötung vor, so lautet die aktuelle Bilanz des brandenburgischen Landesverfassungsschutzes.

Das militante Personenpotenzial ist demnach auf 600 Aktivisten angewachsen, die meisten davon Skinheads. Etwa 130 Aktivisten werden der neonazistischen Kameradschaftsszene zugerechnet, die zum Teil in Verbindung zu dem NPD-Bundesvorstandsmitglied Frank Schwerdt stehen. Das Landesamt weist in seinem Bericht darauf hin, dass ehemalige „Blood&Honour“-Aktivisten in Brandenburg trotz Verbots weiterhin aktiv seien. Nach Erkenntnissen der Landesbehörde zeichnen sich Ansätze zum Rechtsterrorismus ab. Ernst zu nehmen sei die Gefahr, dass Rechtsextremisten sich zunehmend Waffen beschafften, um sie gegen den politischen Gegner einzusetzen, warnen die Verfassungsschützer.

Der Rückgang des rechtsextremen Potenzials auf 1 490 (1999: 1 635) Personen geht fast ausschließlich auf den Schwund bei den Parteien zurück. Die Republikaner zählen nur mehr 150 Mitstreiter (minus 90), bei der DVU, die im Potsdamer Landtag vertreten ist, ist die Anhängerschaft auf 300 (minus 100) gesunken. Die NPD, organisatorisch ein Teil des gemeinsamen Landesverbandes mit Berlin, verfügt in Brandenburg jetzt über einen Mitgliederstand von 225 (plus 25), der sich nach Angaben der Verfassungsschützer zu einem nicht geringen Teil aus Neonazis und Skinheads zusammensetzt.

Gabriele Nandlinger

Aktivitäten

Sachsen hat gewählt

PDS-Stadtrat in Sebnitz zeigt sich mit NPD-Kollegen „einverstanden“.

Als mit den letzten Kommunalwahlen in Sachsen die ersten NPD-Vertreter in die örtlichen Räte einzogen, verkündete die Partei, sie werde in all diesen Orten Bürgermeister-Kandidaten aufstellen.

In einigen Fällen hat es für den 10. Juni funktioniert und die Ergebnisse entsprechen in etwa dem Ansehen der Partei. In Hohnstein erhielt der Meißner Mirko Schmidt neun Prozent, in Waltersdorf Frank Jentsch 6,7, in Meißen der parteilose Kleinunternehmer Mathias Hiller 4,2 Prozent - die ebenfalls angetretene deutschnationale DSU erhielt das gleiche Ergebnis -, in Königstein gingen 16,2 Prozent an Uwe Leichsenring und in Sebnitz bekam NPD-Generalsekretär Ulrich Eigenfeld 7,6 Prozent. Von dieser Erfolgsbilanz wichen lediglich das Resultat für den sächsischen NPD-Landesvorsitzenden Winfried Petzold in Trebsen mit 1,9 und den Landrats-Kandidaten Andreas Storr in der Sächsischen Schweiz mit 4,1 Prozent ab.

Nachdem die Vereinigte Rechte bereits im Vorfeld mit ihrer einzigen Kandidatenaufstellung gescheitert war und die Republikaner trotz kommunaler Abgeordneter nirgends antraten, blieben nur die NPD-Bewerber. Lediglich in Dresden kandidierte ein Vertreter der fast vergessenen Bürgerrechtsbewegung Solidarität aus dem Lyndon LaRouche-Organisationsgeflecht und erhielt knapp zwei Prozent.

Eigenartige Unterstützung bekamen beziehungsweise gaben die rechtsextremen Parteien. Der Sebnitzer PDS-Stadtrat Richter erklärte, „wenn alle NPD-Leute so wären“ wie der örtliche Abgeordnete Johannes Müller, dann „könnte man mit der NPD irgendwie einverstanden sein.“ Die Chemnitzer Republikaner, deren Stadtrat Martin Kohlmann (vgl. BNR 10/00) gerade mit Christoph Schlingensiefs „Hamlet“-Inszenierung unterwegs war, empfahlen die Wahl der rechter Umtriebe völlig unverdächtigen Grünen-OB-Kandidatin. Allerdings gab es auch ein positives Beispiel: Als in der Nähe von Bautzen ein Parteiloser Unterstützungsunterschriften für seine Kandidatur brauchte, traten die örtlichen Republikaner helfend auf den Plan. Statt wie üblich stillschweigend darüber hinwegzusehen, ging der Anwärter in die Offensive.

Lukas Kilian

Aktivitäten**Geschäftstüchtig****Brauner „Netzherr“ in der Horizontalen**

Ungewohnt offenherzig präsentiert sich der umstrittene Rechtsextremist Dennis Entenmann aus dem fränkischen Iphofen im Internet. Entenmann, Initiator einer Reihe mehr oder weniger personenschwacher rechtsextremer (Phantasie-)Gruppen, agiert mittlerweile als Aktivist des Bündnis Rechts und ist Gründer sowie Vorstandsmitglied des neonazistischen Deutschen Freundeskreis Schwaben (DFS). Bekannt wurde Entenmann auch durch zahlreiche rechtsextreme Homepages, darunter - strafrechtlich gewürdigte - Mordaufrufe via Internet.

Bei einer Großrazzia gegen Mitglieder des DFS am 20. März (vgl. BNR 7/01) beschlagnahmte die Polizei bei ihm laut einer Presseerklärung „Computernanlagen“ sowie „sämtliche Bankunterlagen ... und 6 Mobiltelefone“. In der Folge wurden diverse rechtsextreme Homepages, darunter die des DFS, aus dem Netz genommen. Entenmanns Vorliebe für das Internet tat dies keinen Abbruch - so sind auch heute diverse Domainnamen auf ihn registriert, darunter Namen wie „Netz88“ und „Netzwerk88“ (NW88), unter denen er „Free Speech Webhosting“ anbietet – samt Service-Hotline.

Unter einem anderen Domainnamen und mit derselben „heißen Nummer“ betreibt er eine optisch wie technisch schlichte Homepage, die für sein „DE-Webdesign“ werben soll. Vier WWW-Referenzadressen gibt Entenmann für sein Schaffen an – zwei davon sind die FunTime GmbH („mit Unterseiten: Kontakt-Scout24, Gratis XXX, Telefonkontakte, Fotomodelle, Video Master, Picture Master, ...“) sowie der „Hurentester“. Die Hälfte der Referenzadressen gehört Entenmann. Hier steht nicht nur sein „Netzwerk88“, sondern stand bis vor wenigen Tagen auch die „Sex WebShow“ Commando-Sex - eine Art virtueller Telefonsex. Über mehrere Kamerapositionen zu beobachten, lassen sich die „Sklavinnen“ „je nach Lust und Laune Ihres Internet-Herren“ „widerspruchslos benutzen“, hieß es in Entenmanns Text. Auf einer weiteren Seite bietet Entenmann, dem schon in der Vergangenheit nachgesagt wurde, Pornoseiten zu betreiben, „kostenlose 0190-Nummern“ an. Neben „Free-Dialern“, die automatisch mit Seiten wie „Commando-Sex“ verbinden, gehören dazu Telefonsexnummern diverser Spielart. *Rudolf Kleinschmidt*

Aktivitäten**Deutsche Jungrecken****Mehre Organisationen und eine Skinband tragen den gleichen Namen**

Die Bezeichnung „Jungsturm“ erfreut sich in der rechtsextremen Szene großer Beliebtheit. Mit dem Namen schmückt sich so eine Kleinstorganisation aus Reutlingen, der nach Aussage des lokalen Staatsschutzes etwa 15 Jugendliche angehören. Öffentlich in Erscheinung getreten ist die im Februar gegründete Gruppe als Putztruppe bei einer so genannten Putzfete der Stadt Reutlingen im Frühjahr. Die von Mitgliedern des Jungsturms bei dieser Art kollektiver Kehrwoche getragenen einheitlichen T-Shirts waren mit dem Symbol der neuen Organisation verziert: Ein Kreis, über dessen Fläche sich die germanische Hagal-Rune erstreckt. Auf der Rückseite der T-Hemden, so die in der Szene übliche Bezeichnung, warben die rechten Jungrecken mit ihrer Netzadresse. Domaininhaber ist der in Reutlingen wohnhafte Felix Frischmann. Als Beauftragter des Jungsturms fungiert Jonathan Weber, der Inhaber einer gleichnamigen Domain ist.

In den 80er Jahren existierte der Jungsturm Deutschland als Nachwuchsorganisation der 1992 verbotenen Nationalistischen Front (NF). Die juvenilen Interessenten der NF unter 16 Jahren wurden im Jungsturm organisiert. Im Saarland gibt es gegenwärtig eine Skinband gleichen Namens. Die 1998 gegründete Kombo wählte Jungsturm „ohne großartigen Hintergedanken. Natürlich sollte er kämpferisch klingen und auch gleichzeitig ausdrücken, in welche politische Richtung unsere Texte gehen.“ Zur gleichen Zeit entstand in der Altmark in Sachsen-Anhalt mit dem Jungsturmschwarm die Nachwuchsorganisation der Kameradschaft Altmark. Drei Dutzend Kinder und Jugendliche bis zum 16. Lebensjahr werden im Jungsturmschwarm organisiert und geschult.

In Reutlingen wurde in den 80er Jahren die Heimattreue Vereinigung Deutschlands gegründet. Nach deren Verbot im Jahr 1993 trat der bundesweit aktive Freiheitliche Volks Block (FVB) auch in der baden-württembergischen Industriestadt in Erscheinung. Seit zwei Jahren ist der FVB jedoch inaktiv. Inwieweit der Jungsturm in die Fußstapfen früherer Organisationen tritt, ist derzeit unklar.

Eva Bernhard

Ausland

Anschluss gesucht**Enge Verbindungen zwischen extrem Rechten in Österreich und Deutschland**

Vorläufig zum letzten Mal wurde vom Innenministerium in Wien ein Jahreslagebericht über Rechtsextremismus in Österreich herausgegeben. Ab dem kommenden Jahr soll der Bericht nicht mehr erscheinen, nicht zuletzt unter anderem auf Druck der Regierungspartei FPÖ.

Die Vernetzung der österreichischen Rechtsextremismus-Szene mit deutschen Gesinnungskameraden führe zu einer „nachhaltigen Beeinflussung“ konstatiert der Jahreslagebericht 2000 „Rechtsextremismus in Österreich“, der jetzt vom Bundesministerium für Inneres vorgestellt wurde. Ein organisiertes Übergreifen rechtsextremer deutscher Organisationen und Parteien habe aber unterbunden werden können, heißt es in Wien. So wurden die von der NPD bei mehreren österreichischen Banken eingerichteten Konten nach Bekanntwerden der Kontoinhaber von den Geldinstituten wieder gekündigt. Die Anlehnung der österreichischen an die deutsche Szene lässt nach Einschätzung des Wiener Innenministeriums „für die Zukunft vor allem in der rechtsextremen Jugendszene eine Steigerung von Aggression und Agitation erwarten.“

Einer der engsten österreichischen NPD-Anhänger ist der in Eisenstadt lebende Neonazi Robert Dürr, der in seinen „PNO-Nachrichten“ „insbesondere gegen Organe der Justiz und der Sicherheitsverwaltung“ agitiere. Die Behörde bescheinigt Dürr „ein überspitztes, bis zur Märtyrerpole gestieigertes Geltungsbedürfnis, das er in aggressiver Form vorwiegend medial befriedigt.“ Dürr gilt als „rechte Hand“ des steirischen Revisionisten und ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS-Division Leibstandarte Adolf Hitler, Herbert Schweiger, der in NPD-Kreisen verehrt wird.

Wieder aktiv sind mehrere führende österreichische Neonazis der 70er Jahre, die bis in die jüngste Zeit langjährige Haftstrafen zu verbüßen hatten. Darunter ist auch der einstige VAPO-Chef und Kühn-Gefährte Gottfried Küssel, der bei einem Treffen von „Blood&Honour“-Aktivisten im Wiener Parteilokal der neonazistischen Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AfP) zugegen war.

Erwähnung findet auch der rechtsextreme Liedermacher Frank Rennie („Barde Troubadix“), der bei der 35. Politischen Akademie der AfP im Oktober in Mitterberg in der Steiermark auftrat. Gegen Rennie ist ein Strafverfahren nach dem Verbotsgesetz anhängig.

Wegen Verherrlichung der NS-Zeit wurde der Deutsche Kurt Meyer angezeigt. Meyer war Festredner eines im Rahmen der Ulrichbergsfeier von der Waffen-SS orientierten Kameradschaft IV in Krumpondorf/Kärnten veranstalteten „Europaabends“. Dort erklärte Meyer, Vorsitzender des Kameradenwerkes Korps Steiner: „Ohne unsere Soldaten der Waffen-SS würde es heute kein freies Europa geben. Wir wären vom Kommunismus-Bolschismus überrollt worden. Bekennen wir, dass unsere damalige Regierung den Mut hatte, 1941 den Befehl zum Vormarsch zu geben ... Es war die letzte Rettung Europas.“

Erneut weist der österreichische Lagebericht darauf hin, dass bei Veranstaltungen mehrerer schlagender Studentenverbindungen deutsche Rechtsextremisten als Teilnehmer und Referenten in Erscheinung getreten seien, so auch Horst Mahler. „Der von diesen Burschenschaften unterschwellig ausgehenden rechtsextremen Ideologieverbreitung wird im Sinne des Sicherheitspolizeigesetzes weiterhin besonderes Augenmerk zugewendet“, betont das Innenministerium in diesem Zusammenhang.

Als rechtsextreme Druckwerke, die auch ihren Leserstamm in Deutschland haben, werden die Wochenzeitung „Zur Zeit“, die Monatszeitschrift „Aula“, die Hetzblätter „Phoenix“ von Walter Ochsenberger und „Halt“, von Gerd Honsik in Spanien produziert, aufgeführt.

Zugeben wird in dem Bericht auch, dass sich mehrere Rechtsextremisten den Fängen der österreichischen Justiz durch Flucht ins Ausland entzogen haben. Als Fluchtort wird neben Spanien ausdrücklich Südafrika genannt. Recherchen des „blick nach rechts“ zufolge soll sich in Südafrika neben dem antisemitischen Friedhofschänder Christian Anderle auch der Neonazi Karl Polacek, vormalig FAP-Landesvorsitzender in Niedersachsen und später Herausgeber des Neonazi-Skin-Blättchens „Braunauer Ausguck“, aufhalten.

Insgesamt sind im Jahr 2000 in der Alpenrepublik 336 rechtsextreme, fremdenfeindliche und antisemitische Delikte bekannt geworden. 181 Straftaten konnten aufgeklärt werden. *Anton Maegerle*

Ausland**Ort der Versöhnung**

Polen unternimmt den Versuch, Verbrechen der Nachkriegszeit aufzuklären.

Bis zur Wende 1989 versank die Stadt mit Beginn der Dämmerung in schmutzigem Grau. Hinzu kam der giftige Gestank der Schwerindustrie. Die Menschen huschten durch die Straßen, zum Bummeln gab es keinen Anlass. Heute ist das westpolnische Opole eine helle Stadt mit quirligem Leben. In der City ist fast jedes Haus restauriert, die Straßen sind hell erleuchtet, im Zentrum bestimmen Studenten und Geschäftsleute den Ton. Das gilt nicht für das Gerichtsgebäude. Es ist zwar auch restauriert. Die Zentralheizung funktioniert, helle Gardinen schirmen die Sitzungssäle vor unerwünschten Zuschauern von der Straße ab. Es stinkt nicht mehr nach Desinfektionslösungen - ein modernes Justizgebäude eben.

Im größten Saal allerdings geht es seit Anfang des Jahres um Taten, die mehr als ein halbes Jahrhundert zurück liegen. Opole wie ganz Oberschlesien ist nach dem Ende des NS-Schreckens polnisch geworden. Polnische Behörden stellten die Einheimischen vor die Wahl, Polen zu werden oder das Land zu verlassen. Polen brauchte Ersatz für seine östlichen Gebiete, die von Moskau annektiert worden waren. Im Zuge der Bevölkerungsverschiebungen kam es mitunter auch zu Racheakten an den verhassten Besatzern von einst. Die Opfer waren meistens Alte, Frauen und Kinder. So auch in dem Lager Lamsdorf 25 Kilometer südwestlich von Oppeln, wie es damals hieß. Vor allem Heimatvertriebene bauschten später die Ausschreitungen in Lambinowice, wie das Lager polnisch heißt, bombastisch auf. Der ehemalige Lagerarzt von Lamsdorf, Heinz Esser, nannte seine Veröffentlichung „Dokumentation über ein polnisches Vernichtungslager“. Mehr als 8 000 Deutsche seien in Lamsdorf zusammengepfercht gewesen, drei Viertel umgebracht worden - durch „Aushungerung, Seuchen, harte Arbeit, Erstickung der Lebendbegrabenen, Erschießungen“. Polnische Untersuchungen belegten gleichfalls, dass in Lamsdorf Verbrechen begangen worden sind. Die Zahl der Opfer habe Esser aber übertrieben.

Jetzt kommt nach und nach die Wahrheit ans Licht - mit Hilfe polnischer Richter. In dem Justizge-

bäude steht nämlich der erste polnische Lagerleiter von Lamsdorf vor Gericht: Czeslaw Geborski. Die Staatsanwaltschaft beschuldigt ihn, verantwortlich für den Tod von 48 Menschen - vor allem Deutschen - zu sein. Geborski, ein rüstiger Mann von 77 Jahren mit dichtem, schlohweißem Haar und dunkler, durchdringender Stimme, bestreitet jede Schuld. So ist das stets in Strafverfahren nach derart langer Zeit.

Dokumente und Berichte lassen jene Zeit unmittelbar nach der Flucht der Wehrmacht lebendig werden: ein verwüstetes Land, Hunger, Seuchen, kaum Lebensmittel und Medikamente. Es leiden und hungern alle - die Zivilbevölkerung ebenso wie die Häftlinge in Lagern. Willkür, Kriminalität, Raubüberfälle, Morde sind fast an der Tagesordnung - diesseits und jenseits des Stacheldrahtes. Die von Sowjets vertriebenen Ostpolen wissen, wer schuld am Verlust ihrer Heimat ist: die deutschen Okkupanten. Ohne deren Überfall auf Polen im September 1939 wären die Oberschlesier in Oppeln und Kattowitz geblieben und die Polen in Lemberg und anderen polnischen Städten. Diese historischen Zusammenhänge werden im Prozess gegen Geborski zwar kaum erwähnt, weil es den polnischen Juristen nur um die persönliche Schuld des Angeklagten geht. Aber in Berichten und Dokumentationen schwingt das selbstverständlich mit. Czeslaw Geborski, von einer Lokalzeitung als „böser Greis“ beschrieben, war zweifelsfrei ein brutaler Typ, vielleicht auch ein Mörder und Totschläger. Das allerdings muss das Gericht nun ergründen und es gibt sich große Mühe.

Dabei betritt es mit dem Verfahren Neuland. Polen ist nämlich der erste Staat, aus dem Deutsche vertrieben wurden, der einen solchen Prozess führt. Das Verfahren gegen Solomon Morel, den Leiter eines anderen Lagers, musste eingestellt werden, weil der Beschuldigte sich nach Israel abgesetzt hat und Israel 1999 seine Auslieferung abgelehnt hat.

Ursprünglich sollte Anfang Mai dieses Jahres auf dem Lagergelände von Lambinowice ein polnisch-deutscher Friedhof eingeweiht werden. Ministerpräsident Buzek wollte dabei sein. Dieser Termin konnte nicht eingehalten werden, weil deutsche und polnische Opfer die Namen der Opfer noch abstimmen und verifizieren müssen, hieß es vor Ort. Die Feier wurde kurzfristig auf Juli verschoben. Lamsdorf/Lambinowice wird dann zu einem Symbol der deutsch-polnischen Versöhnung.

Heiner Lichtenstein

Bücherschau

Jüdische Welten

Historischen und kulturellen Aspekten des jüdischen Lebens in Deutschland widmen sich die zwölf Beiträge dieses aus einer Tagung hervorgegangenen, sehr informativen Sammelbandes, den Ernst Ludwig Ehrlich und Hans Erler herausgegeben haben. Christine Magin behandelt die Anfänge jüdischen Lebens auf dem Gebiet des späteren deutschen Reiches (der erste gesicherte Beleg stammt aus dem Jahr 321) und stellt die rechtlichen Rahmenbedingungen vom Mittelalter bis zur beginnenden Emanzipation dar: Rechtsnormen, so ihr Fazit, konnten zwar stabilisierende Faktoren sein, doch solange „man von den Prämissen ausging, dass dem Christentum Vorrang vor der jüdischen Religion zukomme und dass diese Hierarchie auch in der realen Welt zum Ausdruck kommen müsse, konnten Juden keine rechtliche Gleichstellung erlangen.“ Carsten Wilke würdigt die jüdische Kultur des 16. bis 18. Jahrhunderts, die er unter den Stichworten Abgrenzung, Gemeindeautonomie und jüdisches Gesetz untersucht und als „originale Schöpfung“ der jüdischen Gesellschaft wertet – und nicht als „missglückte Generalprobe zur jüdischen Moderne“.

Mit den Bildungskonzepten des „Deutschjudentums“ von Moses Mendelssohn bis Franz Rosenzweig setzt sich Daniel Krochmalnik auseinander: „Die Egalität war für Mendelssohn ein utopischer Wunsch, für Hirsch Verheißung und Erfüllung und für Rosenzweig gefährdeter Besitzstand. Der Preis für die Emanzipation, Assimilation und Integration war die Aufgabe der nationalen Differenz und die Identifikation mit dem ‚Deutschtum‘.“ Stefi Jersch-Wenzel behandelt das jüdische Alltagsleben in Preußen zwischen Aufklärung und Wiener Kongress, der das Ende der kurzen Reformära besiegelte: „Für die Juden bedeutete diese Entwicklung, dass sie wieder ... als Fremde empfunden wurden, deren Rechte in einem ‚christlich-germanischen Staat‘ beschnitten werden konnten.“ Zwei weitere Beiträge beschäftigen sich mit dem Verhältnis von Judentum und Liberalismus (Georg L. Mosse) sowie Judentum und Sozialdemokratie (Hans Erler). Ludger Heid untersucht die Ausdrucksformen der durch eine – mit den zaristischen Pogromen der 1880er Jahre einsetzende – rege Einwanderung für kurze Zeit wieder belebten ostjüdischen Kultur in der Weimarer Republik, die

auch zu einer eigenständigen, zumeist zionistisch gesinnten, ostjüdischen Arbeiterkulturbewegung führte, sich in zahlreichen Vereinen organisierte und eine vielgestaltige publizistische, literarische und künstlerische Tätigkeit entfaltet hat. Mit „Auswirkungen der ‘Nürnberger Gesetze’“, nämlich den „äußerst verhaltenen“ Reaktionen der nichtjüdischen Bevölkerung, beschäftigt sich Juliane Wetzel. „Im Gegensatz zum April 1933 kam es weder zu Solidaritätsbekundungen noch zu deutlichen Unmutsäußerungen“, wofür die Autorin nicht nur die „vermeintlich legitime Ausschaltung“ durch Gesetz, sondern auch die „schleichende Indoktrination und Propaganda“ verantwortlich macht. Den „Widersprüchen in der Ideologie des politischen Zionismus“ widmet sich ein Aufsatz von Moshe Zimmermann. „Erbschaft der Nachgeborenen“ ist der letzte Teil überschrieben: Ernst Ludwig Ehrlich über den Umgang mit den Juden im christlichen Religionsunterricht, Hanno Loewy über Aspekte im Berliner Denkmalstreit, Salomon Korn über die Erbschaft des Holocaust: „Wir werden damit leben müssen: die Erinnerung an das nationalsozialistische Jahrhundertverbrechen ist nicht wirklich Teil einer nationalen deutschen Identität geworden.“ Der gewichtige Band endet mit der Rede von Julius H. Schoeps zum Begräbnis von Alphons Silbermann – „weil er uns lehrte, ihr müsst offensiv eure Ansicht vertreten.“ *Theo Meier-Ewert*

Jüdisches Leben und jüdische Kultur in Deutschland, Geschichte, Zerstörung und schwieriger Neubeginn, hrsg. von Hans Erler und Ernst Ludwig Ehrlich, Frankfurt/Main, Campus Verlag 2000, 269 Seiten, 68 Mark

Hinweis

Dachau – Unter dem Motto „Erinnern – begegnen – verstehen – Zukunft gestalten“ findet vom 27. Juli bis 17. August im Jugendgästehaus Dachau die 19. Internationale Jugendbegegnung statt. Jugendliche aus verschiedenen Ländern beschäftigen sich mit der Geschichte des KZ Dachau, dem Nationalsozialismus sowie heutigen Formen von Ausgrenzung, Rassismus und Diskriminierung. Zum Programm gehören Workshops, Gespräche mit Zeitzeugen, Führungen durch die KZ-Gedenkstätte, Rundgänge durch Dachau und München, Exkursionen, Vorträge und Arbeiten auf dem Gedenkstätten-Gelände. Junge Menschen im Alter von 16 bis 26 Jahren können an vier verschiedenen Terminen während des Zeitraums teilnehmen. Kontakt: Katholische Jugendstelle Dachau; Telefon 08131/81845, fax -/350114; jugendstelle-dachau@t-online.de; www.kjr-dachau.de

Bücherschau**Skin-Inszenierungen**

Nach der Bedeutung und Funktion der Ästhetisierung von Gewalt in der jugendlichen Subkultur der Skinheads fragt die Sozialpsychologin Susanne El-Nawab in ihrer Studie „Skinheads - Ästhetik und Gewalt“, die aus ihrer Magisterarbeit hervorgegangen ist. Basis für deren Erstellung war neben der Auswertung der wenigen Sekundärliteratur zum Thema eine Reihe von Gesprächen und Interviews in der Szene selbst. Sie sollen in der Buchausgabe ebenso wie zahlreiche Fotos einen authentischen Eindruck von Angehörigen der jugendlichen Subkultur vermitteln. Dabei spielen persönliche Eindrücke für die Autorin eine wichtige Rolle und immer wieder wird dieser subjektive Aspekt ihrer Arbeit in der Darstellung deutlich.

El-Nawab beschreibt zunächst ihre persönliche Recherche in der Szene, klärt ihr Verständnis von Ästhetik und gibt einen kurzen Überblick zur Geschichte der Skinhead-Subkultur. Dem folgt die Beschreibung von Interviews mit sieben Szene-Angehörigen, wobei die Autorin weitgehend auf eigene Kommentare verzichtet. Sodann widmet sie sich einer sozialpsychologischen Deutung des Skin-Stils bezogen auf Medien, Mode und Musik der Szene. Abschließend referiert El-Nawab noch einige psychologische und soziologische Erklärungsansätze für ein spezifisches Verhalten von Jugendlichen bezogen auf die Skinhead-Subkultur.

Der Ästhetisierung von Gewalt weist die Autorin mehrere Funktionen zu: Dadurch werde für die Szene-Angehörigen ein Wir-Gefühl geschaffen, was nicht nur Identität schaffe, sondern auch Stärke vermittele. Insofern sei man auch gar nicht um ein eher negatives Image in der Öffentlichkeit besorgt, gebe doch gerade das ängstliche Gefühl vieler Betrachter den Szene-Angehörigen den Eindruck von Macht und Respekt. Der Skin-Stil sei darüber hinaus Ausdruck einer expressiv-ästhetischen Rebellion gegen die Mehrheitsgesellschaft. Gewaltakzeptanz und -anwendung werde auch vielfach als direkte, ehrliche und gradlinige Handlungsweise angesehen, stehe sie doch in dieser Eindeutigkeit gegen die versteckte Gewalt und Unterdrückung in den westlichen Gesellschaften. Rechtsextremistische Skinheads verwendeten darüber hinaus größtenteils Elemente der Nazi-Symbolik zur Inszenierung ihrer selbst.

El-Nawabs Arbeit gehört zu den wenigen Veröffentlichungen zur Skinhead-Subkultur überhaupt und verdient allein schon aus diesen Gründen Interesse. Statt sich wie viele Medienberichte nur in verurteilenden Kommentaren zu ergehen, versucht die Autorin, den Hintergründen von Besonderheiten, hier der Ästhetisierung der Gewalt, analytisch auf die Spur zu kommen. In diesem Zusammenhang nimmt sie auch beachtenswerte Deutungen von Bestandteilen des Stils vor (etwa der Bedeutung der Glatze). Die Selbstzeugnisse aus der Szene vermitteln einen authentischen Eindruck. Und schließlich betont die Autorin, dass keineswegs jeder Skinhead als Rechtsextremist anzusehen sei und Pauschalisierungen zu Zerrbildern führen würden. Allerdings ignoriert sie weitgehend den politischen Hintergrund vieler Skinheads. Aussagen und Symbole werden nicht nur aus ästhetischen Gründen genutzt, sondern entsprechen durchaus diffuser politischer Orientierungen ihrer Träger. Überhaupt widmet El-Nawab der Dimension des Rechtsextremismus in ihrer Arbeit eine viel zu geringe Aufmerksamkeit. Die berechtigte Kritik an einer in den Medien erfolgenden einseitigen Fixierung darauf sollte nicht zur Ignoranz gegenüber diesem Aspekt führen. Analytisch enttäuschen etwas die wenigen Kommentare zu den als Informationsmaterial interessanten Interviews und die sozialpsychologischen Überlegungen zum Gewalt-Verständnis der Skinheads.

Armin Pfahl-Traugher

Susanne El-Nawab, Skinheads. Ästhetik und Gewalt, Frankfurt/Main 2001 (Brandes & Apsel), 135 Seiten, 24,80 Mark

Hinweis

Berlin - Mit dem Problem rechter Jugendgewalt und Demokratiefeindschaft im Zusammenhang mit Adoleszenzkonflikten, die als Erwachsenenkonflikte gesehen werden, befasst sich eine wissenschaftliche Konferenz des Berliner Zentrums für Antisemitismusforschung am 5. und 6. Juli. Bei dieser Perspektive werden nicht nur Jugendliche als Täter, sondern ebenso die Erwachsenen, deren Motivationen und Reaktionen einbezogen, um Lösungen für akute Probleme der Gesellschaft zu finden. „Adoleszenzkonflikte - Opposition, Krisen, Radikalismus zwischen den Generationen“, im Hauptgebäude der Technischen Universität, Straße des 17. Juni; Beginn: 5. Juli, 10.00 Uhr, Senatssitzungssaal H 1035; am 6. Juli, 9.00 Uhr, Hörsaal 2036. Informationen: Zentrum für Antisemitismusforschung, Frau Lindner, Tel. 030/31425854, Fax, -/31421136; E-Mail: Lindner@fa.kgw.tu-berlin.de

DWETTBEWERB **Du gegen rechts**

**Für Schülerinnen und Schüler ab Klasse 7, Schul-AGs,
Jugendgruppen und -clubs sowie Studierende
(von 12 bis 25 Jahren)**

Der **blick nach rechts** prämiert in einem Wettbewerb Projekte von engagierten Jugendlichen.

Beschreibt, wie ihr (ab 5 Personen je Gruppe) in eurem Umfeld gegen Rechts-
extremismus und Aus-
länderfeindlichkeit
vorgeht (z.B. Stadt-
teilstädte, Plakata-
ktionen, RAPs, Hör-
spiele, Theaterstü-
cke, Ausstellungen,
Websites, Patenschaf-
ten). Willkommen sind
auch Einsendungen, die
sich mit der lokalen NS-Ver-
gangenheit beschäftigen. Ent-
scheidend ist, dass euer Projekt sich
an den jeweiligen örtlichen Besonderheiten
orientiert.

Eingesandt werden können als Dokumen-
tation Bild- und Tonträger, Presseausschnit-
te, Website-Adressen oder ausführliche Be-
richte.

Eine Jury entscheidet über die Gewinner
des Wettbewerbes. An jede Altersstufe (12-
15, 15-18, 18-25 Jahre) werden zwei Haupt-
preise und verschiedene Sonderpreise ver-
geben.

Schirmherrschaft
Bundestagspräsident
Wolfgang Thierse

Anmeldeschluss
für die Projektidee:
1. Oktober 2001

Einsendeschluss
der Dokumentation:
31. Dezember 2001

Weitere Infos unter
www.bnr.de

Anmeldung und Rückfragen
Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin
Frau Bastienne Gebhard
Tel. (0 30) 2 55 94 - 1 55
Fax (0 30) 2 55 94 - 1 99
E-Mail info@bnr.de

ALLES WIRD SICH ÄNDERN - DURCH UNS!

Meldungen

Inland

■ **Berlin** - Der NPD-Ideologe Jürgen Schwab, Leiter des Arbeitskreises Volk und Staat beim NPD-Parteivorstand, attackiert in einem Interview mit dem Blatt „Herrenhaupt“ Teile der NPD-Führungsspitze. So hätten diese „seit 1996 einen auf radikal gemacht, den Mund sehr voll genommen, jedoch den hohen 'revolutionären' Anspruch nicht begrifflich abzusichern gewusst.“ Schwab weiter: „Das hängt sicherlich in erster Linie mit dem Anti-Intellectualismus, der Denk- und Theoriefaulheit“ zusammen, „zum Teil aber auch mit totaler Selbstüberschätzung. Leute, die in Sachen politischer Theorie nichts, absolut nichts wissen, fühlen sich zum Kampf um die Köpfe berufen.“ Der Burschenschafter Schwab bekennt sich im Interview als Anhänger von Diktaturen („für mich denkbar“). Unumwunden gibt er zu: „Ich habe bereits dargelegt, dass ich ein ausschließlich demokratisches Staatswesen ablehne“.

■ **Berlin** - Das neonazistische Aktionsbüro Mitteldeutschland (Postfachadresse in Berlin) ruft wegen der bevorstehenden Neuwahlen in Berlin zur Solidarität mit der NPD auf: „Auf einem Koordinierungstreffen parteiunabhängiger Kräfte wurde beschlossen, die NPD im Falle einer Neuwahl massiv zu unterstützen.“ Es sei „an der Zeit“, glauben die Neonazis, dass der „Berliner erkennt, dass es gerade auch in seiner Stadt keine Alternative zu einer nationalen Oppositionspartei, wie der NPD, im Berliner Abgeordnetenhaus gibt.“ Aus Sicht der „nationalen Opposition“ sei eine „Regierungsbeteiligung durch Kommunisten“ „nicht hinnehmbar“.

■ **Berlin** - Mit einer Anzeige in der „Jungen Freiheit“ (26/01) macht die Republikaner nahe Johann-Gottlieb-Fichte-Stiftung auf sich aufmerksam. Angeboten werden Seminare zu den Themen Pressearbeit und Öffentlichkeitsarbeit für kommunale Mandatsträger. Gründungsmitglieder der 1997 ins Vereinsregister eingetragenen Stiftung sind Hans Hausberger (Köln), Wolfgang Seifert (Berlin), Wilfried Hein (Haseldorf) und der heute parteilose Michael Nier (Ex-SED-Kader, später NPD). Vorsitzender der als gemeinnützig anerkannten Fichte-Stiftung ist Wolfgang Seifert. Referenten waren bisher neben anderen Michael Paulwitz, Gottfried Schubert, Folkmar Koenigs und Klaus Zeitler.

■ **Brühl/Mannheim** - Nach dem Verbot der Skinhead-Organisation „Blood&Honour“ hat die Sektion Baden inzwischen eine neue Einnahmequelle gefunden: Sie veranstaltet Partys. 120 Mann zog es vor wenigen Wochen auf eine Grillhütte ins nordbadische Brühl. Die Veranstaltung wurde so konspirativ vorbereitet, wie früher die Konzerte von B&H. Die Gäste erfuhren erst wenige Stunden vor Beginn, wo genau die Party steigt. Eine Ordner-Truppe sorgte am Eingang dafür, dass nur erwünschte Gäste eingelassen wurden. Angemietet worden war die Hütte von einem bisher unbekannten Aktivisten. Der bisherige Kopf der B&H-Sektion Baden, Achim Pfeifer aus Ludwigshafen, muss sich unterdessen zurückhalten. Er war im März als Veranstalter von zwei Konzerten in Mannheim und Pfinztal-Berghausen wegen Beihilfe zur Volksverhetzung zu eineinhalb Jahren Gefängnis auf Bewährung verurteilt worden. Inzwischen ist der Richterspruch rechtskräftig. Auch die mitangeklagten Musiker der Band „Bosheit“, Christian Eichenlaub, Matthias Ruoff und Andreas Wagner haben ihre Berufung zurückgezogen. „Bosheit“ hatte bei den Konzerten 1999 das indizierte Lied „Blut“ gespielt. Die Musiker waren deshalb wegen Volksverhetzung verurteilt worden.

■ **Dresden** - Der „Nationale Pressedienst Sachsen/NPD“ ruft zu einer Spendenaktion zugunsten des Landesverbandes Sachsen/Niederschlesien der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO) auf. Demnach ist die JLO durch eine Unterlassungsklage der Focus-Online GmbH „finanziell stark gebeutelt worden.“ So hatte die JLO auf ihrer Homepage einen Link zu Focus gelegt, wogegen die Illustrierte gerichtlich mit einer Unterlassungsverpflichtung und Einstweiliger Verfügung reagierte. Die JLO muss - Angaben der NPD zufolge - nun 4 000 Mark für Gerichts- und Anwaltskosten aufbringen. Die NPD ruft ihre Gesinnungskameraden deshalb um Unterstützung „bei der Regulierung des Schadens“ auf. Erkenntnissen der Bundesregierung zufolge zeigt die JLO Sachsen/Niederschlesien „immer weniger Berührungängste gegenüber der NPD.“ JLO-Landesvorsitzender ist Alexander Kleber, der selbst mehrfach bei NPD-Demonstrationen aufmarschierte.

■ **Herten** - Der 35-jährige Neonazi Frank Reber, einstiger Betreiber des braunen Devotionalien-Versands „Mjölnir“ in Herten wurde von der Dortmunder Staatsschutzkammer zu einer Geldstrafe von 1 800 Mark verurteilt. Eingezogen bleiben auch Bomberjacken und andere Gegenstände, die

bei einer Hausdurchsuchung des „Mjöltnir-Verbands“ 1996 beschlagnahmt wurden. Der Staatsanwalt bezichtigte Reber, die verbotene FAP illegal weitergeführt zu haben. Reber, Vorsitzender der „Deutschen Liste Herten“, trat zuletzt als Redner auf einer Neonazi-Demo am 3. März in Dortmund trotz Redeverbots auf.

■ **Kaiserslautern** - Die in Kaiserslautern ansässige rechtsextreme Deutsche Akademie will im Großraum Thüringen vom 29. Juni bis 1. Juli ein Sommerseminar über „Neue Kultur in nationalbefreiten Zonen“ durchführen. Referenten und Teilnehmer sind neben anderen der NHB-Vorsitzende Martin Laus, Safet Babic, JN-Mitglied, regelmäßiger Autor in dem NPD-Blatt „Deutsche Stimme“, Jürgen Gansel, Bundesgeschäftsführer und stellvertretender NHB-Vorsitzender, Pierre Krebs (Thule-Seminar), der NPD-Theoretiker Jürgen Schwab, Winfried Knörzer, Autor diverser rechtsextremer Blätter, sowie die Musiker Josef Klumb und Jörg Hähnel.

■ **Kehl** - Vorsitzender der deutschen Internet-Partei FUN, einem Sammelbecken verschiedenster rechtslastiger Ideologien, dem unter anderem Kader des „Nationalen Widerstandes“, NPD/JN-Funktionäre und Burschenschafter angehören, ist der Pseudonymus „Ulex“. Szeneinternen Kenntnissen zufolge handelt es sich bei „Ulex“ um den in der deutsch-französischen Grenzstadt Kehl lebenden Michael Wiechert, der auch eine rechtsextreme Homepage namens „tag-der-befreiung“ betreibt. Wiechert, früher in Köln ansässig, war ehemals Pressereferent des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen der Deutschen Liga für Volk und Heimat und Autor in „Europa Vorn“.

■ **Magdeburg** - Im Diskussionsforum des „Nationalen Infotelefon“ (NIT) von Andre Goertz beklagen sich „die nationalrevolutionären Kräfte Sachsen-Anhalt“ darüber, dass während des 9. ordentlichen Landesparteitages der NPD Sachsen-Anhalt am 26. Mai auf Anforderung des NPD-Landesvorsitzenden Andreas Karl „Polizei gegen Nationalisten“ eingesetzt wurde: „Liebe Kameradinnen und Kameraden, stellt Euch das einmal bildlich vor: Ein Landesvorsitzender der NPD hetzt die Polizei des reichs- und deutschfeindlichen BRD-Regimes auf reichstreue und aufrechte Nationalisten und räumt dafür eigens den Weg für die Polizei frei!“ Ursache des von der NPD-Landesführung befürworteten Polizeieinsatzes war der gewaltsame Zutritt von Neonazis um den früheren

NPD-Landesvorsitzenden Steffen Hupka („Revolutionäre Plattform“; RPF) zum Landesparteitag. Hupka und Kameraden hatten im Vorfeld des Parteitages öffentlich gemacht, dass die sachsen-anhaltinische NPD „seit Monaten keine reichstreuen und nationalrevolutionären Kräfte“ mehr in die NPD aufnimmt. Erzürnt sind die „nationalrevolutionären Kräfte“ darüber, dass sich der NPD-Vorsitzende Udo Voigt „auch noch auf die Seite dieser Typen gestellt hat und eine erbärmliche Laudatio auf den Landesvorsitzenden hielt!“

■ **München** - Der bayrische Innenminister Günther Beckstein (CSU) hat vor dem wachsenden Einfluss von Rechtsextremisten an deutschen Hochschulen gewarnt und nannte in diesem Zusammenhang die Münchner Burschenschaft Danubia, die Burschenschaft Teutonia Prag zu Regensburg und die Burschenschaft Frankonia in Erlangen. Wie die „Süddeutsche Zeitung“ (SZ) berichtete, wurde auf dem Haus der Burschenschaft Danubia in der Nacht vom 12. auf den 13. Januar 2001 der flüchtige Neonazi-Schläger Christoph Schulte untergebracht. Schulte, Weggefährte von Christian Worch, hatte mit weiteren Neonazis den 31-jährigen Griechen Artemios T. vor dem Lokal „Burg Trausnitz“, der Stammkneipe des rechtsextremen Freizeitvereins Isar 96 e.V., brutal zusammengeschlagen. Mitorganisator der „Geburtstagsfeier“ in der Kneipe war ein Mitglied der pflichtschlagenden Burschenschaft Danubia, die zum radikal völkischen Flügel des Dachverbandes der Deutschen Burschenschaft (DB) zählt. Die Flucht Schultes ins Haus der Danuben organisierte ein Mitglied der Burschenschaft Teutonia Prag zu Regensburg. Referent bei der Teutonia war kürzlich der NPD-Vordenker Jürgen Schwab. Alter Herr der Danuben ist der rechtsextreme Multifunktionär Hans-Ulrich Kopp, ehemals Redakteur der „Jungen Freiheit“. Der SZ zufolge haben sich mehrere Burschenschaften inzwischen entschlossen, die Vorwürfe gegen die Danubia vor dem Dachverband klären zu lassen, was letztendlich zu deren Ausschluss führen könnte.

■ **München** - Aktuelle Erkenntnisse des bayrischen Verfassungsschutzlandesamtes zufolge kooperiert die Neonazi-Skinhead-Szene zunehmend weltweit. So kursiert in Deutschland seit kurzem eine internationale Skin-CD-Produktion. Angeboten wird die rassistische und antisemitische CD „Guess Who's Coming For Seconds“ unter anderem von dem US-amerikanischen Vertrieb „Panzerfaust Records“. Der Sampler, eine Koproduktion deutscher, britischer, amerikanischer und russi-

scher Bands, enthält zwölf Titel, darunter auch zwei deutschsprachige Songs. In dem Lied „Rassenkrieg“ wird indirekt zur Gewalt aufgerufen.

■ **Pähl/Weilheim** - „Mensch und Maß“ (MuM), das Organ des rassistischen Bund für Gotterkenntnis, wird neuerdings in Weilheim gedruckt. Der Pähler Hohe Warte Verlag, in dem das Blatt erscheint, musste sich im April eine neue Druckerei suchen, als herauskam, dass das Landeskriminalamt Druckaufträge an die Dornacher Firma Dengler und Rauner vergab, die auch „Mensch und Maß“ druckte. Die Druckerei trennte sich daraufhin nach 50-jähriger Geschäftsbeziehung vom Hohe Warte Verlag (vgl. BNR 10/01). Verleger Franz Karg von Benburg schrieb damals an die MUM-Abonnenten, er könne „die Auslieferung der nächsten Folgen nicht gewährleisten“. Seine Befürchtung erwies sich als unbegründet, eine neue Druckerei wurde rasch ausfindig gemacht. Die Weilheimer Firma Staricha hat nun den Druck der vierzehntägig erscheinenden Zeitschrift übernommen.

■ **Rudolstadt** - Der Legenden-Darstellung des zurückgetretenen NPD-Vizes von Thüringen und Chefs des Thüringer Heimatschutzes, Tino Brandt (Deckname „Otto“), wonach nicht er im Auftrag des Verfassungsschutzes die braune Szene bespitzelt habe, sondern im Gegenteil diese über Aktivitäten des Verfassungsschutzes informiert haben will, wird in seinem Kameradenkreis zunehmend widersprochen. So müsse „man sich wirklich fragen, wie solch ein geistiges Leichtgewicht wie Tino Brandt den Verfassungsschutz sechs Jahre lang hinters Licht führt, niemanden und nichts - wie er vorgibt - verrät oder belastet und dabei noch im Vorbeigehen über 200.000 DM abgreift“, heißt es auf der Homepage von „die-kommenden“, eine der führenden Homepages des „Nationalen Widerstandes“ in der Bundesrepublik. Die Neonazis betonen: „Brandt hat sich gegenüber der Gesamtheit des Nationalen Widerstandes schuldig gemacht. Er hat schändlichen Verrat begangen und dafür noch einen Judaslohn empfangen. ... Was wir heute über Tino Brandt als Person und über seine selbst zugegebene Tätigkeit für den Verfassungsschutz wissen, langt allemal ihn zu ächten und aus unseren Zusammenhängen rigoros zu entfernen...“

Ausland

■ **Schweiz (Zürich)** - Bei einem Skinhead-Konzert in Unterengstringen (Kanton Zürich) ist es zu einer Massenschlägerei unter den 400 Besuchern ge-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse

DDVG • Stresemannstr. 30 • 10963 Berlin
PVSt, DPAG, „Entgelt bezahlt“, A 13861
Heft 13-2001 / Abo 5292719000

8

Antifaschistisches Pressearchiv
und Bildungszentrum Berlin e. V.
Falkensteinstr. 46
10997 Berlin

kommen. Elf Skinheads mussten sich anschließend im Krankenhaus behandeln lassen, 30 bis 40 weitere Besucher kamen mit blauen Augen und Schürfwunden davon. Bei dem Konzert am 19. Mai traten für 35 Mark Eintritt insgesamt sieben Bands auf, darunter neben „Stahlgewitter“ aus Meppen auch die beiden relativ neuen Skin-Gruppen aus dem Bodensee-Raum „Pork Killer“ und „Stromschlag“. Die Skinhead-Band „Neubeginn“ musste wegen der Randalen ihren Auftritt nach vier Liedern abbrechen. Bei den Auseinandersetzungen wurde auch die Mehrzweckhalle von Unterengstringen erheblich beschädigt. Der Veranstalter hat angekündigt, so schnell kein Konzert mehr in der Schweiz zu organisieren.

Impressum

Verlag:

Deutsche Druck- und Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-130, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

DDVG mbH, Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Erscheint 14tägig, Bezug nur im Abonnement
Preis DM 125,- jährlich, zzgl. Porto.

Für Schüler, Studenten, Jugendorganisationen und
-verbände sowie gemeinnützige Vereine zum
Vorzugspreis von DM 64,- zzgl. Porto,
Nachweis erforderlich!

Probeabonnement (6 Hefte), Preis DM 20,- inkl. Porto.